

Basler Zeitung vom 17. November 2014

«Die Schweiz weicht der Realität aus»



„Die Verkleinerung der Armee ist ein Witz“

Albert A. Stahel, Leiter des Instituts für Strategische Studien und Titularprofessor an der Universität Zürich.

Strategieprofessor und Sicherheitsexperte Albert A. Stahel fordert echte Kontrollen an der Landesgrenze

Von Beni Gafner, Bern

BaZ: Herr Stahel, wie ist die Wortwahl von Frankreichs Präsident Hollande fachlich zu beurteilen, bei den Anschlägen in Paris handle es sich um «einen Kriegsakt einer terroristischen Armee»?

Albert A. Stahel: Die Reaktion Hollandes erachte ich als realitätsbezogen und deshalb als korrekt und richtig. Er bezeichnet die Anschläge als Kriegserklärung an Frankreich, was auch den Tatsachen entspricht. Die Franzosen haben richtig reagiert, Hollande hat Klarheit geschaffen.

Offizielle Deutschlands, wie Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, haben diese Verwendung des Kriegsbegriffs auf französischer Seite zwar als verständlich bezeichnet, objektiv aber als falsch und gefährlich. Weshalb?

Diese Reaktion ist typisch für die politische Führung Deutschlands. Deutschland will nichts davon wissen, dass sich ein EU-Mitgliedsland in einem Kriegszustand befindet. Das hat mit den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs zu tun. Deutschland muss heute als pazifistischer Staat bezeichnet werden. Im Fahrwasser Deutschlands schwimmt auch die Schweiz; man wagt keine klaren, treffenden Aussagen bezüglich dieser schlimmen Lage.

Welche Bedeutung kommt dem Begriff «Krieg» im aktuellen Zusammenhang zu?

Zum einen wird die Bevölkerung ehrlich darüber informiert, in welcher Lage sich der eigene Staat befindet. Zum anderen bedeutet dies, dass der Staat entsprechende Aktionen zu ergreifen hat – in diesem Fall eine verstärkte Überwachung im nachrichtendienstlichen Bereich, eine Ausweitung der Polizeieinsätze im Inland sowie der Einsatz der Armee im Inland und der Intensivierung der Luftschläge gegen den IS. Mit der Begriffsverwendung einhergehen im Falle Frankreichs also konkrete Anordnungen und Schritte, vor denen sich Deutschland aufgrund

seiner historischen und aktuell bedingten politischen Lage scheut. Ähnliches gilt mit Blick auf Sicherheitsmassnahmen auch für die Schweiz.

Herrscht Krieg, muss notgedrungen vom Gegner gesprochen werden. Mit welchem Gegner hat es Europa zu tun?

Der Islamische Staat, der bis anhin als Terrormiliz bezeichnet wurde, wird unterschätzt. Der IS ist eine gefestigte Organisation, die sich auf der ersten Stufe zur Staatsbildung befindet. Die Spitze um Kalif Abu Bakr al-Baghdadi denkt strategisch und handelt überlegt rücksichtslos. Sie hat klare Zielvorstellungen und verfügt über genügend finanzielle Mittel. Man hat es also mit einer ernst zu nehmenden Organisation zu tun, die zu wichtigen Teilen aus ausgebildeten und kriegserfahrenen Berufsoffizieren der früheren Armee Saddam Husseins besteht. Sie planen und bilden die Streitkräfte aus. Bei den Financiers handelt es sich unter anderem um gläubige Muslime aus Saudi-Arabien, Katar und den Emiraten. Man hat es also keineswegs mit einem zufällig handelnden, diffusen Gegner zu tun.

Weshalb gelingt es nicht, dem IS die Ressourcen abzustellen?

Die wichtige Einnahmequelle, der Verkauf von Erdöl aus dem Raum Syrien, erfolgt über die Türkei. Ohne dass die Türken hier genau hinschauen und über die Bücher gehen, wird dieser Geldhahn nicht zuggedreht werden können. Eine weitere wichtige Einnahmequelle bildet der Verkauf von Antiquitäten und archäologischem Diebesgut, der nur sehr schwer zu kontrollieren ist. Noch schwerer abzustellen ist der Geldtransfer reicher Gläubiger aus den genannten Staaten, denn dieser erfolgt über das jahrhundertealte Hawala-Finanzsystem. Damit kann Geld schnell, kostengünstig und vertraulich transferiert werden. Das ist nicht einfach so zu unterbinden.

Welchen Anteil am Desaster IS haben die USA ?

Ohne den Einmarsch der US-Truppen 2003 in den Irak und den Sturz Saddam Husseins sowie der anschliessenden Auflösung der Baath-Partei und der irakischen Armee durch den amerikanischen Zivilverwalter Paul Bremer hätte es das folgende Chaos gar nie gegeben, aus dem sich Al Qaida im Irak bildete und später, über mehrere Stufen, der heutige IS.

Trotzdem – gibt es bei allem Chaos im Nahen Osten auch Lichtblicke? US-Präsident Obama und Russlands Präsident Putin haben beim G-20-Gipfel plötzlich während 20 Minuten die Köpfe zusammengesteckt. Heisst das Tauwetter zwischen Ost und West aufgrund des gemeinsamen Feindes IS?

Den nötigen Optimismus vorausgesetzt, könnte es zwischen Russland und den USA zum Tauwetter kommen, wenn sich die beiden Staaten einig würden über den Einsatz von Bodentruppen in Syrien und im Irak. Der IS lässt sich weder von russischer noch von amerikanischer Seite alleine mit Luftschlägen eliminieren. Der IS hat sich in Teilen seines Gebiets so stark festgekrallt, sodass er ohne Bodentruppen nicht besiegt werden kann.

EU-Führung und deutsche Politiker beklagen eine Vermischung der Probleme Flüchtlingskrise und Terror. Ist es angebracht, Flüchtlingsproblem und Terrorbedrohung sauber zu trennen?

Das ist unehrlich. Der Umstand, dass Tausende Menschen unkontrolliert in die EU-Staaten einwandern, leistet der Möglichkeit Vorschub, dass unter den vielen Flüchtlingen auch andere sind, seien dies Kriminelle oder Jihadisten des Islamischen Staats.

Weshalb soll ein ausgebildeter IS-Kämpfer den umständlichen Weg über Flüchtlingsrouten gehen, wenn ihm einfachere Wege zur Verfügung stehen?

Weil es für diese Kämpfer sicherer ist, nicht entdeckt zu werden. Für den IS ist die Einschleusung über Flüchtlingsrouten einfacher, weil praktisch keine Kontrollen stattfinden. Die Infiltration nach Deutschland, Frankreich, in andere EU-Länder oder auch in die Schweiz ist auf diesen Wegen mit hoher Wahrscheinlichkeit unentdeckt möglich.

Also ist eine kontrollierte Schengen-Aussengrenze Bedingung für glaubwürdige Terrorbekämpfung?

Die Idee bei Schengen war ja, die Kontrollen der Binnengrenzen durch eine verlässliche Kontrolle der Schengen-Aussengrenze abzulösen. Das ist nie wie vorgesehen geschehen. Die Kontrollen an den Aussengrenzen sind nur sehr dürftig gewährleistet. Solange dies der Fall ist, solange die Aussengrenzen nicht gesichert und auch verlässlich kontrolliert sind, ist der Vertrag nicht einmal das Papier wert, auf dem er steht, und die einzelnen Staaten müssen ihre Sicherheit durch eine systematische Kontrolle ihrer eigenen Staatsgrenzen erreichen.

Es genügt also nicht, wenn Bundespräsidentin Sommerer sich schwerstens betroffen zeigt über die Anschläge?

Das ist ein Witz, denn man kann ja nicht eine Fiktion quasi vor sich herschieben und sagen, dass dies die Realität ist. Fiktion bleibt Fiktion, damit meine ich die angeblich sicheren Schengen-Aussengrenzen. Auch die Schweiz muss jetzt ehrlich über die Bücher gehen und zur Kontrolle der eigenen Landesgrenze und damit zur Sicherheit zurückkehren. Nötig sind echte Kontrollen, nicht einfach ein dort Stehen und Durchwinken. Personen, die wir nicht im Land haben wollen, müssen erkannt und herausfiltriert werden. Und zwar an den Grenzen direkt und nicht irgendwo im Landesinnern.

Worauf führen Sie zurück, dass eine solche Kontrolle bis heute nicht Tatsache ist?

Wir haben es hier mit einer Ideologie zu tun. Aus der EU-Frage und damit auch aus Schengen wurde eine Ideologie gemacht, an der es festzuhalten gilt. Dies ist angesichts der realen Entwicklung im sicherheitspolitischen Bereich unehrlich. Man könnte dies auch als Feigheit bezeichnen, weil man den Tatsachen und damit der Realität ausweicht. Im Landesinnern geht man punkto Sicherheit ja auch nicht hin und schafft die Polizei ab, oder man lässt die Haustür auch nicht offen und sagt: Kommt alle herein. Der Verzicht auf die Einführung verlässlicher Kontrollen an der Schweizer Grenze ist unehrlich.

Heisst das für Sie, Armee an die Grenze?

Die Armee kann das Grenzwachtkorps subsidiär verstärken. Das Signal gegen aussen ist bei einem Armee-Einsatz nicht zu unterschätzen. Allerdings wäre die Voraussetzung dafür, dass genügend Armeemittel vorhanden sind. Vor diesem Hintergrund erachte ich die erneute Verkleinerung der Armee auf 100 000 Angehörige als einen Witz. Führt man sich die Anzahl Objekte vor Augen, die für eine funktionierende Infrastruktur notwendig sind und die geschützt werden sollten, so ist vor dem Hintergrund der Unterbestände beim Grenzwachtkorps und den Polizeikorps ein Armeeabbau nicht zu verantworten. Angesichts der heutigen Herausforderungen ist die Armee nicht zu verkleinern, sondern punkto Ausrüstung und Ausbildung zu verbessern.

In Paris finden die Behörden Minenwerfer und Panzerfäuste in Terrornestern. Was heisst dies für die Verteidiger?

Die Frage nach der Herkunft dieser Waffen und des dazugehörigen Schmuggels ist wichtig. Auf dem Balkan gibt es aus der Zeit des Zerfalls des alten Jugoslawiens und der nachfolgenden Kriege immer noch nicht erfasste Waffenlager. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Terroristen sich aus diesen Lagern genügend Waffen beschaffen können. Der Schmuggel dieser Waffen in die Zielländer muss in Zukunft verstärkt bekämpft werden. Polizei, Grenzschutz und Armee müssen über moderne Handfeuerwaffen verfügen. Sie sind auch mit modernen gepanzerten Fahrzeugen auszurüsten.